

GEW news

2/2016

Nachrichten aus Erziehung, Wissenschaft, Schule & Studium – Hannover



INHALT

CORVUS	Seite 2	Volksmärchen
AUS DEM SCHULAUSSCHUSS	Seite 3	Aus dem Schulausschuss
ERINNERUNG	Seite 4	Ein Gedenkort für das KZ Conti-Limmer
AUSBLICK	Seite 5	Nach der Wahl ist vor der Wahl
AUS DER REGION	Seite 6	Die Stadt Seelze gründet eine Integrierte Gesamtschule
NACHLESE	Seite 7	Türkisch Gold
AKTUELLES	Seite 8	Bildungsbüro – eine Chance für Hannover Ankündigung GEW-Sommerfest 2016

„Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit, oder sehr kleinem Profit Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. ... 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv und waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“

Thomas Joseph Dunning zitiert nach Karl Marx (MEW Bd.23, S.788)

Volksmärchen

Es war einmal, da war unser schönes Heimatland nach den Regeln der Sozialen Marktwirtschaft geordnet, denn was die Unternehmer unternahmen, geschah mit ihrem sauer ersparten oder aus traditionsreichem Familienbesitz stammenden Vermögen. Was sie aus solchen Unternehmungen erlösten, wandten sie zunächst einmal auf, um ihren Arbeitnehmern einen auskömmlichen Lohn zu bezahlen und auch die Sozialkassen angemessen zu füllen. Außerdem entrichteten sie darauf, wie jedermann, pflichtgemäß ihre Steuern, von denen Schulen, Krankenhäuser, Straßen und vieles andere mehr erbaut und betrieben werden konnte. Erhebliche Mittel investierten sie natürlich wieder in neue Unternehmungen, um so unsere Wirtschaft weiter wachsen zu lassen. Natürlich verblieb ihnen auch noch ein angemessener Unternehmerlohn.

Aber ach, immer wieder kam die Wirtschaft auch ins Stocken. Es gab dann viele Arbeitnehmer, mit denen die Unternehmer nichts mehr unternehmen konnten. Der Ruf wurde immer öfter laut, dass die Löhne zu hoch, die Kosten für die Sozialkassen zu teuer und auch die Steuerlast zu



© www.inism.de

schwer seien! Aber so richtig traute sich niemand an die Verhältnisse heran, denn im Osten gab es ja die kleinen bösen roten Zwerge, von denen zu fürchten war, dass sie das für ihre Zwecke nutzen könnten. Dann war es schließlich so weit, dass die roten Zwerge vertrieben werden konnten. Leistung müsse sich endlich wieder lohnen, rief der Dicke und der, der nach ihm kam, konnte einfach „basta“ sagen, als das System der Sozialkassen umgekrempelt und die Steuern für die Unternehmer gesenkt wurden. (Zum Ausgleich gab es ja noch die Mehrwertsteuer für alle.)

Auch das schien eine Weile gut zu gehen, denn das Märchenland war ja Exportweltmeister! Aber weltweit hub erneut ein großes Knirschen an. Die großen Banken begannen zu wackeln und mussten gestützt werden. Das Schuldengespenst ging um. Da man nirgends mehr wusste, wovon man die nötigen Schulen, Straßen und Krankenhäuser bauen sollte, kam man auf die Idee, private Geldbesitzer daran zu beteiligen. Man nannte das Public-private-Partnership. Auch Post, Bahn, Strom und Gas wurden in private Hände gelegt. Mancherorts trinken die Leute sogar privates Wasser. Nur die Luft, die eingeatmet wird, ist noch öffentlich. Sie wird dafür privat

verschmutzt. Volkswagen gehörte ja eigentlich auch zu unserem Märchen, aber dann würde es zu lang.

Und so recht in Schwung wollte die Wirtschaft auch nicht kommen, trotz niedriger Steuern, niedriger Löhne und kleiner Renten. Viele begannen sich zu fragen, wo denn das ganze schöne Geld geblieben sei und warum es nicht gehörig investiert worden wäre? Einige investigative Journalisten richteten ihre scharfen Augen nicht nur in die schöne Schweiz, sondern noch weiter in die Ferne und fanden Panama, ein kleines Land mit einem großen Kanal und vielen kleinen Briefkästen. Und siehe, sie wurden fündig! Offensichtlich konnte dort aus Geld bedeutend mehr Geld gemacht werden, als hier mit gewöhnlichen Investitionen, selbst bei den bescheidenen Steuersätzen. Die Empörung war groß, scharfe Gesetze wurden gefordert.

Viele blickten sehnsuchtsvoll zurück nach der guten alten Ordnung der weiland sozialen Marktwirtschaft des dicken Ludwig Erhard, sogar die Rote Sahara! Dabei war der damals schon ein großer Märchenerzähler, denn hinter ihm standen die gleichen ehrenvollen Familien, die kurz zuvor dabei waren, als es darum ging, Europa und die halbe Welt zu vereinnahmen.

corvus

Impressum:

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverbände Hannover Stadt und Land, Berliner Allee 18, 30175 Hannover, Telefon 66 20 -14/-15, Telefax 62 12 94, E-Mail: gew@gew-hannover.de

Verantwortliche Redakteurin i.S.d.P.:

Maren Kaminski, Berliner Allee 18, 30175 Hannover.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin oder der Redaktion dar.

Gesamtherstellung: apm AG, Darmstadt.

DIE GEW HANNOVER news erscheint dreimal im Jahr. Auflage: 5000 Exemplare. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Titelkarikatur: Swidbert Gerken



Transparent auf der Demo gegen die Handelsabkommen TTIP und CETA am 23. April 2016 in Hannover

© www.nachdenkenseiten.de

Aus dem Schulausschuss

■ Gymnasium Limmer

Das neue fünfzügige Gymnasium wird zum Schuljahr 2016/17 aufsteigend ab Klasse 5 als offene Ganztagschule mit einem freiwilligen Nachmittagsangebot starten.

Die Planungsgruppe, geleitet von Frau W. Hedderich, hat in der Schulausschusssitzung im März einen Teil des Konzepts

und das Leitbild „Voneinander lernen – miteinander wachsen“ vorgestellt. Eigenverantwortliches Lernen und offene Unterrichtsformen werden darin hervorgehoben. Acht Lehrer/innen aus Gymnasien und Gesamtschulen, ein Elternvertreter und Frau Bender für die Stadt Hannover als Schulträgerin, arbeiten in der Planungsgruppe, die in der Niedersächsischen Landesschulbehörde angesiedelt ist, mit.

Die neue Schule zieht in das ehemalige Universitätsgebäude an der Wunstorfer Straße. Es wird zurzeit aufwendig saniert. Nach den Ferien werden die neuen Fünftklässler/innen in den ersten der dann fertiggestellten drei Gebäudekomplexe ziehen. Bis zum Schuljahresbeginn 2017/18 sollen alle Gebäudeteile fertig sein. Dann werden auch für zwei Jahre Schüler/innen der Goetheschule dort einziehen, weil das Gymnasium komplett saniert wird.

Nach langen Diskussionen, ob Hannover u. a. durch den Ausbau der Wasserstadt Limmer eine neue IGS oder ein weiteres Gymnasium benötigt, wurde im letzten Jahr der Bau eines neuen Gymnasiums in Limmer durchgesetzt. Allerdings sollten die Bau-standards denen einer IGS entsprechen (u.a. mehr Differenzierungsräume) und – besonders wichtig: Es sollte ein Reformgymnasium gegründet werden, „ein Leuchtturm in der hannoverschen Schullandschaft“. Das weckte hohe Erwartungen auch bei denen, die enttäuscht waren über die Entscheidung zu Ungunsten einer neuen IGS. Ideen wurden entwickelt, wie Schule ganz neu gedacht werden kann, der Kern des Lernens und Unterrichts modellhaft verändert werden kann, neue Lern- und Leistungskulturen entwickelt werden können. Es gab die Erwartung, dass ein Ausschuss eingesetzt werden würde, vielfältig zusammengesetzt, der die Ideen für ein Reformgymnasium gemeinsam entwickelt. In einem Gespräch mit dem Oberbürgermeister und der damaligen Dezernentin mit einer GEW-Delegation wurde von dieser mitgeteilt, dass es



Renate Frauendorf

in der GEW Kolleginnen und Kollegen gäbe, die ihre Kompetenzen in einen solchen Ausschuss einbringen könnten.

Leider kam es nie dazu. Ein Reformgymnasium war zwar beschlossen, aber die Umsetzung ging über den klassischen Weg, indem in der Landesschulbehörde die Planungsgruppe zusammengestellt wurde, die nun auch noch unter größtem Zeitdruck ihre vielfältigen Aufgaben erledigen muss.

Frau Bender als einzige Vertreterin der Stadt ist nur für die Schulträgeraufgaben zuständig.

Es ist zu hoffen und anzunehmen, dass Hannover ein gutes neues Gymnasium bekommt, aber es wird leider kein Reformgymnasium sein.

■ Oberschulen in Hannover

Zum nächsten Schuljahr geht es los: die Heisterbergschule in Ahlem, die Peter-Ustinov-Schule in Ricklingen und die Pestalozzischule in Anderten werden zweizügige Oberschulen, in Hannover genannt „Integrierte Stadtteilschulen“.

Lange galt in Hannover die Prämisse, dass sich durch einen kontinuierlichen IGS-Ausbau Oberschulen erübrigen würden, bzw. ihre Zulassung einem Ausbau der IGSen als ideale Schulform entgegenstehen würde. Unbestritten ist, dass besonders die Hauptschulen vor großen Herausforderungen stehen und Hilfen benötigen. Eine Auflösung zugunsten integrierter Systeme ist folgerichtig, aber nach Meinung der Vertreterinnen der Lehrkräfte im Schulausschuss zukunftsweisend nicht durch die Einführung der Oberschulen zu lösen.

Zwar hatte die LHH in Gesprächen mit dem Kultusministerium zuerst versucht, eine Genehmigung für 3-zügige IGSen zu bekommen, da größere im vorhandenen Raumbestand nicht möglich sind. Dieser Ausnahmeregelung hat das Kultusministerium aber nicht entsprochen. Auch eine Zweigstellenlösung für eine vierzügige IGS wurde wegen der fehlenden räumlichen Nähe der Schulstandorte als nicht genehmigungsfähig angesehen und wäre daher mit den vorhandenen Schulgebäuden nur schwer umsetzbar. Aber unmöglich?

Wir erinnern uns: die vorherige Landesregierung hat die Oberschulen eingeführt als „IGS-Verhinderungsschulen“. Auch nach der Änderung des Schulgesetzes und Lockerung der Bestimmungen für die Schaffung von IGSen durch die jetzige Lan-

desregierung, ist die IGS nicht generell ersetzende Schulform. Sie bleibt in Hannover Angebotsschule, da noch andere Schulformen vorhanden sind, die den Sek I-Abschluss ermöglichen. Mit Einführung der Oberschulen wird das noch zementiert. Der im Rat beschlossene Antrag sieht in einer 2. Phase den Ausbau der Oberschulen zu IGSen vor, jedoch existiert dafür bisher kein Zeitplan mit Zielperspektive.

Die Vertreterinnen der Lehrkräfte im Schulausschuss haben der Umwandlung in Oberschulen nicht zugestimmt. Sie sind überzeugt, dass die Hauptschulen mit ihren riesigen Problemen entlastet, bzw. aufgelöst werden müssen, zugunsten integrierter Systeme. Dafür ist die Erweiterung der Schullandschaft in Hannover um Oberschulen der falsche Weg. IGS-Plätze, die in Hannover noch lange nicht bedarfsgerecht vorhanden sind, müssen zügig ausgebaut werden. In diesem Schuljahr gab es im Stadtgebiet 120 abgelehnte IGS-Plätze!

Als schnelle Hilfe für die Hauptschulen forderten sie, dass die LHH kurzfristig klotzt und finanzielle Mittel bereitstellt für spürbare Entlastung durch Schulsozialarbeit und z. B. Sprachlernklassen.

■ Oberstufenzentrum an der IGS Büssingweg

An der IGS Büssingweg wird ab nächstem Schuljahr eine 4-zügige Oberstufe eingerichtet, die auch von den Schülerinnen und Schülern der IGS List und IGS Vahrenheide besucht wird. Ob die Kapazitäten ausreichen, wird sich zeigen. Die drei beteiligten IGSen hatten eine Sechszügigkeit gefordert, die nach der im April vorgestellten Machbarkeitsstudie nur unerheblich teurer würde als weitere nötige Investitionen, die aber im Haushaltsplan noch nicht vorgesehen sind.

■ Grundschulkinderbetreuung

In den nächsten drei Jahren (2016 – 2018) soll ein Rahmenplan zur Zusammenführung von Horten und Grundschulen erarbeitet werden. Das Projekt nennt sich „Qualitätsoffensive Grundschulkinderbetreuung“ und soll „das Beste aus beiden Welten vereinigen, um eine solide Betreuungs- und Förderqualität zu erreichen“ (Beschluss DS 1810/2015).

Es ist vorgesehen, für jeden Standort unter Beteiligung der relevanten Gruppen ein Konzept zur lokalen Umsetzung zu erarbeiten und die personellen Ressourcen aus den beteiligten Systemen neu zusammenzuführen. Beteiligt sind der Bildungsausschuss und der Jugendhilfeausschuss. Es



ERINNERUNG

bleibt abzuwarten und muss intensiv verfolgt werden, ob die Aufrechterhaltung der Hortstandards möglich ist und inwieweit die Qualität der Ganztagschulen dadurch verbessert wird. Aus gewerkschaftlicher Sicht muss auch auf die Veränderung der Arbeitsbedingungen der verschiedenen beteiligten Professionen verschärft geachtet werden.

■ Grundschuleinzugsbereiche zum Schuljahr 2017/18 geändert

Abermals wurden die Einzugsbereiche mehrerer Grundschulen quer durch die List, Oststadt, Mitte, Zooviertel, Südstadt, Waldheim und Döhren geändert. Es soll damit dem weiterhin prognostizierten Zuwachs an Kindern Rechnung getragen werden, aber auch Ausgleich der Kapazitätenveränderungen durch Neubaugebiete und Veränderungen alter Zuschnitte durch die zwei neuen Grundschulen in der List erfolgen. Nach massiven Elternprotesten wurden an einigen Stellen des Verwaltungsvorschlags noch Korrekturen vorgenommen und Zugeständnisse gemacht. Z. B. wurde für eine Übergangszeit von drei Jahren ein gemeinsamer Einzugsbereich

der GS Tiefenriede und der GS Heinrich-Wilhelm-Olbers für die Bereiche Waldheim und Waldhausen vereinbart. Die bereits erfolgten Anmeldungen für 2017/18 haben allerdings gezeigt, dass alle Kinder im alten Einzugsbereich angemeldet wurden und die befürchtete Überschreitung der Kapazitäten in der GS Tiefenriede ausblieb.

Damit Geschwister nicht in unterschiedliche Schulen gehen müssen, sind sie für eine Übergangszeit von der Neuregelung der Schulbezirksgrenzen ausgenommen. Außerdem können Ganztagschulen unabhängig vom Schulbezirk angewählt werden. Ausnahmegenehmigungen zum Besuch einer Schule im anderen Schulbezirk können erwirkt werden, wenn eine Betreuung der Schulkinder in einem anderen Schulbezirk erfolgt. Die Entscheidung liegt bei der zuständigen Schulleitung. Auch für Kinder mit Beeinträchtigungen kann es im Einzelfall Genehmigungen für eine andere Schule geben.

Die Auslastung der Kapazitäten in den vorhandenen Grundschulen und damit langfristige Prognosen machen die Einteilung von Schulbezirken zu einer komplizierten Angelegenheit. Die Abweichungen von Schulan-

fängerzahl und Prognosen betragen bis zu 30 Prozent. Durch Umzüge und Besuche von freien Schulen gibt es viele Unwägbarkeiten. Es ist dadurch mehr als fraglich, ob diese neuen Einteilungen der Einzugsbereiche nachhaltig sind. Eine Unzufriedenheit bei Eltern und teilweise Unzumutbarkeit für die Kinder erfolgt auch aus der Tatsache, dass einige Schulen mittlerweile so sehr am Rand ihrer Einzugsbereiche liegen, dass z. B. Kinder, die nur 300 Meter entfernt wohnen, Wege von 1,5 oder fast zwei Kilometer in Kauf nehmen müssen zu einer weiter entfernten Schule. Wenn es auch für die Planung der Schulen einfacher ist mit solchen festen Einzugsbereichen, müsste das Problem in Hannover viel grundsätzlicher im Sinne der Kinder, Eltern und Schulen und im Dialog mit ihnen geklärt werden.

■ Sprachlernklassen

In Hannover gibt es in diesem Schuljahr 29 Sprachlernklassen mit insgesamt 471 Kindern. Elf davon an Grundschulen, zehn an IGSen, vier an Hauptschulen, drei an Gymnasien und eine an einer Realschule.

*Renate Frauendorf
Lehrkräftevertreterin im Schulausschuss*

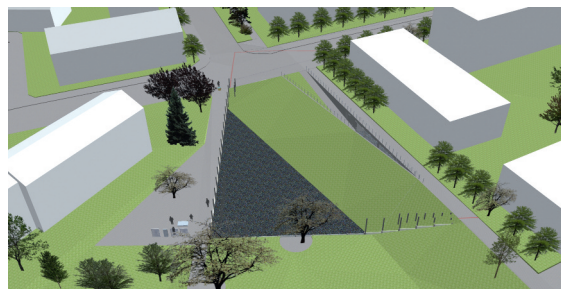
Gedenkort für das KZ Conti-Limmer

Arbeitskreis stellt Konzept vor und bietet Kooperation mit neuem Gymnasium an

Von Juni 1944 bis April 1945 befand sich auf dem Gelände der Continental AG in Limmer ein firmeneigenes KZ-Außenlager. Dort waren bis zu 1000 Frauen inhaftiert, die Zwangsarbeit vor allem im Continental-Werk und in den Brinker Eisenwerken leisten mussten. Seit dem Jahr 2008 setzt sich der Arbeitskreis „Ein Mahnmal für das Frauen-KZ in Limmer“ dafür ein, dass im Zuge der Umgestaltung des ehemaligen Werksgebietes zum Wohngebiet „Wasserstadt Limmer“ ein angemessener Gedenkort für das KZ entsteht. Für dessen Gestaltung stellte der AK bereits eine erste Ideenskizze vor.

Der größte Teil des früheren Lagergeländes wird bald unter Wohnbebauung verschwinden, aber die nordöstliche Ecke des ehemaligen Lagers ragt in eine öffentliche Grünfläche hinein, in der der Gedenkort seinen Platz finden soll. Zentrales Anliegen ist es für den Arbeitskreis, Lage und Größe des KZs wieder vorstellbar zu machen. Bei archäologischen Grabungen konnten der Aufbau der Zäune und das damalige Geländeneiveau, das etwa einen halben bis einen Meter unter dem heutigen liegt, festgestellt werden. Bei einer zweiten Grabung wurde unter dem inzwischen abgerissenen Stockhardtweg der Boden einer Häftlingsbaracke gefunden. Die Vorstellung des Arbeitskreises ist es, das Lagergelände im Bereich der Grünfläche wieder auszugraben und den damaligen Bodenbelag aus

schwarzer Schlacke sowie den Verlauf und die Höhe der Zäune symbolisch darzustellen. Auch eine Idee zur Einbeziehung des Barackenbodens unter der Wohnbebauung wurde entwickelt. Außerhalb der Grünfläche soll die ehemalige Lagergrenze auf Straßen und Wegen im neuen Wohngebiet markiert werden. Wichtiger



Planungsskizze für den Gedenkort

© Arbeitskreis »Ein Mahnmal für das Frauen-KZ in Limmer«

Bestandteil des geplanten Gedenkortes ist ein Platz, auf dem über das KZ informiert wird und Gedenkveranstaltungen stattfinden können. Neben Infotafeln und einem Modell schlägt der AK hier den Einsatz eines interaktiven Monitors vor, auf dem zum Beispiel Schulprojekte die Ergebnisse ihrer Auseinandersetzung mit dem KZ und der Zeit des Nationalsozialismus vorstellen können.

Ab August wird es in Limmer ein Gymnasium geben. Der Arbeitskreis würde sich sehr über eine Kooperation mit der Schule freuen. Der Gedenkort für das KZ Conti-Limmer bietet sich aus Sicht des Arbeitskreises als lokaler Bezugspunkt für eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus an und könne auch Fragen aufwerfen zu Nationalismus, Rassismus und zur Ausgrenzung bis hin zum Hass gegen Minderheiten heute.

Mehr Informationen zum KZ Conti-Limmer und zum Arbeitskreis unter:

► www.kz-limmer.de

Matthias Waselowsky



Nach der Wahl ist vor der Wahl

Schulausschüsse brauchen neue VertreterInnen der Lehrkräfte

Schon wieder? Haben wir nicht gerade die Personalvertretungen neu gewählt? Keine Sorge – so umfänglich wird es diesmal nicht, und es ist auch noch eine Weile hin. Dennoch kann eine mentale Vorbereitung nicht schaden: Die frisch gewählten Personalvertretungen müssen nämlich im neuen Schuljahr eine wichtige Gemeinschaftsaufgabe stemmen, die nur alle Jubeljahre einmal anfällt (genauer: jeweils nach den Kommunalwahlen) und daher auch bei normalerweise routinierten Verfahrens-FüchslInnen nicht unbedingt zuverlässig abgespeichert ist. Daher jetzt vorsichtshalber ganz von vorne:

im Schulausschuss bietet nicht nur gründliche Einblicke in kommunale Entscheidungsstrukturen, sondern hat durch das Miterleben der (um es mal neutral auszudrücken) Sitzungs-Gruppendynamik häufig einen hohen Unterhaltungswert. Und der Aufwand für die Mitarbeit ist überschaubar. In Hannover finden die Sit-

Die Kommunen sind als Schulträgerinnen u.a. zuständig für Schulgrundstücke und -gebäude, Sachausstattung der Schulen, Einstellung von HausmeisterInnen und SekretärInnen, Festlegung der Schuleinzugsbereiche, Neugründung und Schließung von Schulen – für einen Bereich also, der großes öffentliches Interesse auf sich zieht. Die Kommunalverfassung schreibt daher vor, dass die Ratsversammlungen Schulausschüsse einzurichten haben, in denen sämtliche Schulangelegenheiten vorerörtert und als Empfehlung für die anschließenden Beschlüsse in Rat und/oder Verwaltungsausschuss abgestimmt werden. Das Konstrukt eines Fachausschusses aus dem Rat heraus ist an sich nichts Ungewöhnliches. Die Besonderheit des Schulausschusses besteht allerdings darin, dass er neben den ParteienvertreterInnen weitere stimmberechtigte Mitglieder umfasst: SchülerInnen, Eltern und Lehrkräfte „benennen“ ihre (je nach Größe der Kommune eine/n oder zwei) VertreterInnen für die Schulausschüsse und haben damit erheblichen Einfluss auf die Abstimmungsergebnisse. Und natürlich sind Sitz und Stimme im Schulausschuss auch damit verbunden, dass man von der Schulverwaltung im Vorfeld mit Informationen versorgt wird, dass man die Sichtweise von Lehrkräften in die Debatten einbringen kann, dass man Kontakt bekommt zu den ParteienvertreterInnen und zur Presse (die normalerweise über die öffentlichen Teile der Sitzungen berichtet) und diesen Kontakt auch auf der informellen Ebene nutzen kann, dass sich vielfach gute Möglichkeiten bieten, mit Eltern- und SchülervertreterInnen „Koalitionen“ zu bilden, und man kann selbstverständlich selbst initiativ werden und Anträge stellen. **Heißt: diese**



Neues Rathaus Hannover, hier finden die Schulausschusssitzungen statt.

© HMTG

Möglichkeit der Interessenvertretung ist sowohl für uns als Beschäftigte als auch für die Verbindung zu den GEW-Strukturen vor Ort keineswegs unerheblich.

Verfahrenstechnisch allerdings enthält die Bestallung der LehrkräftevertreterInnen eine Leerstelle: es gibt keine klassische Wahlordnung, sondern die Personalvertretungen der Schulen im Bereich des jeweiligen Schulträgers „benennen“ ihre Vertretung, und „benannt“ werden kann, wer als **hauptamtliche Lehrkraft im Bereich des Schulträgers arbeitet**. Um einen geordneten Ablauf des Verfahrens werden wir uns also rechtzeitig zu kümmern haben. **Wichtiger ist, dass wir für diese bedeutsame Stellschraube der kommunalen Bildungsentscheidungen KandidatInnen mit GEW-Denke präsentieren können**. Daher kommt jetzt die Abteilung „Werbetrommel“: ein Sitz

zungen i.d.R. am letzten Mittwochmittag des Monats außerhalb der Ferien statt. In den kleineren Kommunen gibt es unterschiedliche Regelungen zur Sitzungsfrequenz. Die Landeshauptstadt Hannover ist zuständig für die allgemein bildenden Schulen, die BBSen fallen in den Zuständigkeitsbereich der Region Hannover, die ebenfalls einen eigenen Schulausschuss hat. Start der neuen Legislaturperiode ist der 1. November 2016.

Wir werden vor der Wahl eine Schulung zum Thema anbieten. Die Detail-Infos dazu gehen rechtzeitig an die Schulen.

Irmela Weinhardt



Macht mit – es lohnt sich!

AUS DER REGION

Stadt Seelze gründet eine Integrierte Gesamtschule

Am 1. August 2017 startet im Schulzentrum der Stadt Seelze (Seelze Kernstadt: Humboldtstraße) eine Integrierte Gesamtschule. Man beginnt mit Jahrgang 5, aufsteigend. Die 5ten Jahrgänge in der Hauptschule (Geschwister-Scholl-Schule) und Realschule (Humboldtschule) werden nicht mehr eingeschult. Mit fortlaufendem Anstieg der Jahrgänge der IGS lösen sich entsprechend die Jahrgänge HS/RS auf, so dass bis zum Sommer 2022 die derzeitige Haupt- und Realschule Seelzes auslaufen werden.

Die Weiterentwicklung des Schulstandortes in dieser Form ist durch die Modifikation des Schulgesetzes durch die rot-grüne Landesregierung gegeben, denn die IGS kann nun „ersetzen- de Schulform“ für HS/RS sein. Das Georg-Büchner-Gymnasium der Stadt im Ortsteil Letter (Hirtenweg) wird ohnehin für Schüler/innen Seelzes vorgehalten, was den gesetzmäßigen Anforderungen entspricht. Die Abfrage der Verwaltung im November des vergangenen Jahres hatte gezeigt, dass die Genehmigungsvoraussetzung der Garantie einer mindestens vierzügigen IGS mit 96 Schüler/innen pro Jahrgang erfüllt werden kann. Zudem wird davon ausgegangen, dass diese Schüler/innenzahlen durch das Wachstum der Stadt überschritten werden, wobei hinzukommende Kinder von künftigen Geflüchteten noch nicht einmal berücksichtigt sind. Und das Gymnasium wird in seiner gegenwärtigen Arbeitsform nicht eingeschränkt, auch wenn Schüler/innen an die IGS abwandern. „Das GBG läuft ohnehin schon über, da teilweise sieben- zügig“, berichtet Claudia Kahlert, die zuständige „Produktmanagerin“ der Stadt. Inklusion, Ganztags, wachsende Schüler/innenzahlen sowie die Umwandlung der Schulform erfordern hohe Investitionen. Die bisherigen Kapazitäten und Ausstattungen der Haupt- und Realschule reichen bei weitem nicht aus, sodass saniert, um- und ausgebaut werden muss. Nicht nur die Anzahl der Klassenräume wird nicht ausreichen, sondern mehrere Verwaltungen/Sekretariate, (HS,RS,IGS), Fachräume, Mensa, Freizeitbereich und Ganztagsbereich müssen gestaltet werden. Es gibt in Seelze kein vorgeschriebenes Standard-Raumprogramm für Schulen, so dass Frau Kahlert betont: „Es soll deshalb ent-



Werner Fink beim Treffen mit Kay-Uwe Kiene und Claudia Kahlert im Rathaus Seelze

© Werner Fink

sprechend den Vorstellungen, die der Planungsausschuss entwickelt, (Leitbild, Schulprofil, Schulprogramm) gestaltet werden“, natürlich muss dies unter Einbeziehung des Vorhandenen und leider auch der nicht gerade üppigen Kassenlage der Stadt geschehen.

Kay-Uwe Kiene, Leiter des Fachbereichs und Abteilungsleiter für „Schule, Sport und Kultur“ führt aus, dass offen sei, ob die IGS eine Oberstufe (Sek II) erhalte. Das Land genehmigt zurzeit ohnehin nur Integrierte Gesamtschulen von Jahrgang 5-10. Die Landesschulbehörde wird eine Entscheidung fällen, wenn der Jahrgang 8 der IGS hochgewachsen ist. Inwieweit in Bezug auf die Sekundarstufe II mit dem Georg-Büchner-Gymnasium kooperiert werden wird, ob zwei Oberstufen in der Stadt überhaupt sinnvoll sein werden und

sich von den Schüler/innenzahlen her tragen lassen, sind offene Fragen, die derzeit nicht beantwortet werden können. Das Gymnasium und die IGS liegen vier Kilometer auseinander. Bei engeren Kooperationen würde es auch einer besseren Infrastruktur, als sie bisher vorliegt, bedürfen, damit Lehrer/innen und Schüler/innen kurze Wege haben.

Das Einzugsgebiet für Schüler/innen bildet die Stadt Seelze, dazu gehören: Almhorst, Deden- sen, Döteberg, Gümmer, Harenberg, Kirchwehren, Lathwehren, Lohnde, Letter, Seelze Kernstadt, und Velber. Bisher konn- ten auch Schüler/innen aus Ahlem (Hanno- ver-Stadt) das Georg-Büchner-Gymnasium in Seelze-Letter besuchen. Inwiefern unter Einbeziehung der IGS hier Neuregelungen getroffen werden, wird diskutiert. Ein Ratsbeschluss liegt noch nicht vor. (Ent- lastung schafft ohnehin das neue Gym- nasium-West der Stadt Hannover, das am 1. August 2016 in Limmer startet und für Ahlemer leicht erreichbar ist.)

Die Landesschulbehörde wird den Pla- nungsausschuss der IGS berufen. Vertreter der Stadt, der Eltern und der Schüler/innen werden in den Ausschuss entsendet wer- den können. Es bleibt zu hoffen, dass die- ser Planungsausschuss möglichst schnell berufen wird, denn wenn auf der Basis eines pädagogischen Konzepts gestaltet und (um)gebaut werden soll, wie Frau Kahlert und Herr Kiene noch einmal beto- nen, braucht es einen langen Vorlauf, denn Konzepte fallen nicht vom Himmel. Zur Entwicklung sind viel Geduld und Zeit nötig, gerade wenn hohe Fachkompetenz vorliegt.

Es bleibt zu wünschen, dass langfristig aus- reichende Mittel – besonders auch durch die Stadt Seelze – bereitgestellt werden können, um in der neuen Schule auf der Höhe der Zeit arbeiten zu können. Inklusion, Ganztags und der Zustrom geflüch- teter Kinder wird u.a. die Bildung multi- professioneller Teams erfordern. Ohne Teamarbeit werden die Herausforderun- gen nicht zu bewältigen sein.

GEWnews wird über die weitere Entwick- lung berichten. *Werner Fink*

Angaben zur Chronologie:

- In der Vergangenheit scheiterten Initiativen zur Gründung einer IGS
- **Mai 2015:** SPD – Initiative zur Gründung einer IGS
- **16. Juli 2015:** Mehrheitsbeschluss des Stadtrats zur Gründung einer IGS
- **18. April 2016:** Genehmigung der IGS durch die Landesschulbehörde
- Termin der Einsetzung einer Pla- nungsgruppe durch die Landes- schulbehörde ist noch nicht mitge- teilt
- **1. August 2017:** Start der IGS mit Jahrgang 5



Türkisch Gold

© J. Giesel

Sichtvorstellung Türkisch Gold

Um Klischees, Vorurteile und Liebe geht es in dem Stück „Türkisch Gold“ des Theaters in der List e.V. (siehe Bericht in GEWnews 1/2016, S. 7). Das Theater hatte zu einer Sichtveranstaltung der GEW eingeladen, zu der auch fünf Schüler/innen erschienen waren.

Im Anschluss an die Vorstellung entstand zwischen dem Publikum und den Darstellern Marie-Madeleine Krause, Christoph Hirschler und Theaterleiter Willi Schlüter eine intensive Diskussion über das Stück. Er berichtete von Ängsten, die Lehrer/innen im Hinblick auf das Stück geäußert hätten. Nachdem das Stück 2014 sehr gut gelaufen war, sei es vielen „zu heikel gewesen, ohne dass sie das Stück überhaupt kennen. Ich habe von starken Vorbehalten gehört, mit der Begründung, dass man die Schüler/innen nach den Anschlügen von Paris nicht schon wieder mit Problemthemen belasten wolle“, schilderte Schlüter. „Dabei ist „Türkisch Gold“ ein sehr guter Beitrag zur Integration und Verständigung“. Eine Besucherin vermutete, dass die Kollegen Angst hätten, nicht genug informiert zu sein, vor allem, was die in dem Stück vorkommenden Klischees betreffe. „Dabei hat das Stück eine

Das THEATER in der LIST bietet allen Schulen in der Region Hannover weitere zehn Vorstellungen am Anfang des kommenden Schuljahres an. Diese Vorstellungen werden von der Lotto-Sport-Stiftung Niedersachsen finanziell unterstützt und können ab sofort kostengünstig gebucht werden. Das Theater kommt mit dieser mobilen Produktion auch gerne in die Schule. Anmeldungen unter 05 11-89 71 19 46 oder ►info@theater-in-der-list.de

Leichtigkeit, es ist toll, wie es gelingt, ernste Themen so locker darzustellen. Zwischendurch konnte ich richtig lachen.“ Tatsächlich seien die Klischees in dem Stück eher harmlos, berichtete eine andere Lehrerin, die viele Kinder mit Migrationshintergrund unterrichtet. „Die Thematik ist topaktuell, denn ich habe es schon öfter erlebt, dass eine Beziehung zwischen einer Türkin und einem deutschen Jungen geheim gehalten werden muss.“

Eine Schülerin aus dem Publikum meinte, sie sei anfangs „total sauer“ gewesen, weil nur Vorurteile gegen Türken auf die Bühne kamen. „Das könnt ihr doch nicht ma-

chen, habe ich gedacht. Und dann kippte das Ganze und da fand ich das Stück auf einmal richtig gut“, erzählte sie. Dass „Türkisch Gold“ Lebenswirklichkeit widerspiegelt, bestätigte auch Marie-Madeleine Krause. „Wir haben oft gehört, dass sich die Schüler/innen in dem Stück wiederfinden.“ Die Liebesgeschichte sei deshalb sehr wichtig, damit das Stück leicht bleibe. „Es wird auch viel gelacht, aber es gab auch Vorstellungen, wo man das Brodeln gemerkt hat, da waren die Zuschauer in ihren Wurzeln berührt und aufgewühlt. Im Dialog danach merkten wir, wie sehr sie sich geöffnet hatten.“ Und Christoph Hirschler ergänzte: „Wir konnten den Schülern immer auf Augenhöhe begegnen.“

Insgesamt kam das Stück sehr gut bei den ZuschauerInnen dieser Sichtveranstaltung an, gelobt wurden die Intensität und die pointierte Darstellung der beiden Protagonisten, die in dem Stück mehrere kontrastierende Rollen verkörpern. Auf die Frage, was dem jugendlichen Publikum am meisten am Herzen lag, lachten die beiden: „Sie wollten wissen, ob wir auch in Wirklichkeit ein Paar sind. Sind wir nicht!“

Sonja Steiner, Presse- und Öffentlichkeits,
THEATER in der LIST e.V.

Bildungsbüro – eine Chance für Hannover

Als ich im vorletzten Jahr als Lehrervertreterin in der Vorbereitung auf eine Schulausschusssitzung die Vorlage zu den Plänen für eine Bildungsregion Hannover las, fand ich die Vorstellung von einem Bildungsbüro, für das zwei Lehrkräfte auf Grund ihrer schulfachlichen Expertise für die Aufgaben einer Bildungskoodinatorin mit einer halben Stelle an die Stadtverwaltung abgeordnet werden sollten, sehr spannend. Es gilt, die Lebensbiografien aller Kinder und Jugendlichen möglichst eng – von der Kita über die Grundschulen und weiterführenden Schulen bis hin zum Übergang ins Studium und in den Beruf – zu begleiten, allen Menschen möglichst vielfältige Bildungswege zu eröffnen und damit mehr Chancengleichheit für mehr Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen.



Was kann eine Bildungsregion tun, um dieser Herausforderung gerecht zu werden?

Für eine gut funktionierende Bildungsregion ist ein themenorientierter, transparenter Austausch zwischen allen an Bildung Beteiligten notwendig. Ziel ist der Auf- und Ausbau eines regionalen Bil-

dungsnetzwerkes, in dem die in der Stadt Hannover vorhandenen Bildungsinitiativen, -angebote und -akteure enger miteinander vernetzt werden, um die verschiedenen Bildungseinrichtungen in ihrer Arbeit bestmöglich unterstützen zu können.

Vernetzen, Koordinieren, Organisieren, Öffentlichkeits- und Gremienarbeit sind Tätigkeiten, die ich aus meiner Arbeit als Lehrerin, GEW-Funktionärin und auch als Personalrätin in den Stufenvertretungen in der Landesschulbehörde und im Kultusministerium bestens kenne. Durch die GEW- und Personalratsarbeit, aber auch durch meine Aufgaben als Lehrervertreterin im Schulausschuss, im Inklusionsbeirat und im Arbeitskreis Schulentwicklung der Stadt Hannover konnte ich wichtige Kontakte knüpfen, die meiner Arbeit als Bildungskoodinatorin nun dienlich sind.

Das Bildungsbüro der Stadt Hannover ist innerhalb der Stadtverwaltung der Organisationseinheit „Pädagogische Program-

me“ zugeordnet. Ich arbeite seit dem 1. Februar 2016 mit 20 Stunden dort, mit der Hälfte meiner Unterrichtsverpflichtung bin ich weiterhin an meiner Schule, der IGS Badenstedt, tätig. Das Dreierteam des Bildungsbüros besteht außerdem aus einem Kollegen der Stadtverwaltung mit sozialpädagogischer Expertise und der ehemaligen Bildungskoodinatorin der Stadt Peine, die für die Bildungsregion Hannover zum 1. April abgeworben werden konnte. Zurzeit entwickeln wir nach umfangreichen Recherchen und Bestandsaufnahmen in Zusammenarbeit mit der Sprachlernklassenkoordinierungsstelle Ideen für ein Beratungs- und Unterstützungssystem für geflüchtete Familien und unbegleitete schulpflichtige Kinder und Jugendliche bezüglich möglicher Bildungswege und Schulformzuweisungen. Ein weiteres Augenmerk liegt in diesem Zusammenhang auf den Themen Integration und Inklusion. Wir freuen uns auf die vielfältigen Herausforderungen, die vor uns liegen!

Birte Clasen

Schließzeiten der GEW-Geschäftsstelle während der Sommerferien:

In der Zeit vom 23. Juni bis 3. August bleibt die Geschäftsstelle geschlossen.

Wir wünschen euch sonnige und erholsame Ferien!

Euer Geschäftsstellen-Team

GEW-Sommerfest

15⁰⁰ Kaffee und Kuchen

16⁰⁰ Jubilarehrung

16³⁰ Zirkusvorstellung

17³⁰ Grillen

17¹⁵ Mitmachzirkus Schnupperkurs mit der GEW-Sambagruppe

18.06.2016 * 15:00 Uhr

Im Garten des Hauses der Jugend, Maschstraße 22-24, 30169 Hannover

Bitte bis zum 10.06. unter gew@gew-hannover.de anmelden!